

Freitag, 17. Februar, 19:00 Uhr

Altes Rathaus, Marienplatz 15, Einlaß 18:00 Uhr

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten

Kostenbeitrag 8.- €, ermäßigt 4.- €, Solidaritätsbeitrag 10.- €

Daniela Dahn (Publizistin und Autorin)

Kooperation oder Konfrontation mit Russland?

Die Expansion der NATO nach Osten hat zu einer neuen Ära der Konfrontation mit Russland geführt. Wie kommen wir zurück zu einer Politik der Entspannung und der gemeinsamen Sicherheit? Welche Politik verfolgt die neue US-Administration unter Präsident Trump?



Harald Welzer

(Soziologe, FUTURZWEI- Stiftung Zukunftsfähigkeit)

Wie werden wir zukunftsfähig angesichts von Krieg und Umweltzerstörung?

Harald Welzer stellt verschiedene erfolgreiche Formen des Selbstdenkens und -handelns vor, die sich am Gemeinwohl statt an individuellem Profit orientieren und animiert dazu, die eigenen Handlungsspielräume zu nutzen. Zukunftsfähigkeit erfordert eine andere Moral und die Entwicklung einer anderen Kultur und Politik.



Elsa Rassbach

(US-Bürgerin in Deutschland, Filmemacherin und Journalistin)

Gewaltfrei gegen Drohnenkrieg

Die US- Streitkräfte und Geheimdienste benutzen Stützpunkte in Deutschland wie Ramstein und AFRICOM (Stuttgart) für Angriffe mit Kampfdrohnen im weltweiten „Krieg gegen den Terrorismus“. Die Bundesregierung duldet rechtswidrige US-Einsätze. Sie beabsichtigt, bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen. Die CODEPINK-Aktivistin Elsa Rassbach erläutert, wie die US- und die deutsche Friedensbewegung gewaltfrei gegen den Einsatz von Kampfdrohnen protestieren. Sie hat eine wesentliche Rolle dabei, die Kampagnen der Friedensbewegung in Deutschland und USA zusammen zu bringen.



Einführung und Moderation:

Clemens Ronnefeldt,

Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (Träger des Peter-Becker-Preises der Philipps-Universität Marburg für Friedens- und Konfliktforschung 2017)

Kulturbeitrag: Die Neurosenheimer

Grußwort der Landeshauptstadt München:

Christian Vorländer, Stadtrat

Samstag, 18. Februar, 10:00 Uhr

**DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
Gesprächsforum**

Mit den ReferentInnen des Vorabends.
Ab 9:30 Uhr Kaffee, Brezen etc. Ende gegen 12:30 Uhr

Samstag, 18. Februar, 19:00 Uhr

**DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
Friedensethik – Friedenspolitik**

Mit Kirchen und Gewerkschaften im Gespräch.

Wie kann die Friedensbewegung ihren Zielen – Frieden, Abrüstung, Gerechtigkeit – näher kommen? Ausgangspunkt der Diskussion soll das Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ sein. Ist dieses Manifest geeignet, als Grundlage für gemeinsame Äußerungen und Aktivitäten von Kirchen und Gewerkschaften zu friedenspolitischen Themen zu dienen?

Podium:

Stefan Maaß,

Friedensbeauftragter der Evang. Landeskirche Baden
VertreterIn Deutscher Gewerkschaftsbund, angefragt

Wiltrud Rösch-Metzler, Vorsitzende pax christi

Moderation: **Renate Börger,** Journalistin, München

Nebenstehend ist eine Kurzfassung des Manifests abgedruckt.
Der gesamte Text: www.friedenskonferenz.info

Sonntag, 19. Februar, 11:30 Uhr

**Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstr. 80
Friedensgebet der Religionen**

Motto: Trotz alledem

Weitere Informationen zu den Themen und ReferentInnen sowie die Möglichkeit einer Unterstützungserklärung finden Sie auf der Seite:

www.friedenskonferenz.info

Weitere Exemplare dieses Prospektes können Sie telefonisch bestellen:
089 - 89 62 34 46 ; oder per Mail: muenchen@dfg-vk.de

Schutz der Menschenrechte durch Prävention

(Kurzfassung)

Der Trägerkreis der Internationalen Friedenskonferenz hat 2016 dieses Manifest erarbeitet und zur Diskussion gestellt.

Präambel

Menschen und Menschenrechte schützen und Konflikte zivil bearbeiten: Ja! – Krieg Nein!

Wir sind überzeugt, dass ein grundsätzlich neuer Ansatz für die Verhinderung von Kriegen und den Schutz der Menschenrechte erforderlich ist, der durch Regierungen, Zivilgesellschaft und internationale Einrichtungen unterstützt wird.

Ein tiefgründiges Umdenken ist notwendig: Weg von „Krieg als Mittel der Politik für eine Minderheit“, hin zum „Frieden als Lebensgrundlage für Alle“.

1 Stärkung der UNO und der OSZE

Die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands und der EU muss die Charta der UN in vollem Umfang respektieren. Das Friedensgebot des deutschen Grundgesetzes muss politische Leitlinie sein.

UNO und OSZE sind grundlegende Foren für zivile Konfliktbearbeitung zwischen den Staaten und sollten als solche umfassend akzeptiert und genutzt werden. Militäraktionen ohne Mandat des Sicherheitsrates stehen dazu im krassen Widerspruch!

2 Präventive Politik und Diplomatie

Nur wenn in der Politik der Gedanke der präventiven zivilen Bearbeitung von Konflikten Vorrang erhält vor ökonomischen und machtpolitischen Interessen, wachsen die Chancen für den Schutz der Menschen und ihrer Rechte.

Konflikte können frühzeitig erkannt und bearbeitet werden. Dafür notwendig ist die Erforschung von Ursachen für Kriege und Konflikte, außerdem Forschung und Fortbildung, um ganzheitliche Konzepte der Frühwarnung zu entwickeln und zu institutionalisieren. So können auch neue Konzepte für präventive Strategien erarbeitet, politisch diskutiert und umgesetzt werden.

Dabei müssen Frauen in Friedensverhandlungen und Planungen für den Wiederaufbau gleichberechtigt beteiligt werden, wie es die UN- Resolution 1325 fordert.

3 Präventive Wirtschaftspolitik

Deutsche Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Entwicklung nachhaltiger und eigenständiger industrieller Strukturen der „Entwicklungsländer“ abzielen. Das bedeutet die Bewertung der Praktiken der transnationalen Konzerne unter friedenspolitischen Gesichtspunkten und die Begrenzung ihrer Macht durch einzelstaatliche Gesetze und internationale Vereinbarungen. Die

Ernährungssouveränität ist als Menschenrecht zu betrachten! Förderung und Entwicklung regionaler Versorgungssysteme sollen Vorrang haben. Dafür müssen ethisch akzeptable Regelwerke für den Welthandel unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Entsprechend muss die Außenwirtschaftspolitik für mehr Gerechtigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen neu konzipiert und in den Zusammenhang mit Kriegsverhütung und Schutz der Menschenrechte gestellt werden.

Statt der Orientierung auf militärisch unterstützten Zugriff auf begrenzte Rohstoffe ist eine Umsteuerung hin zu einer nachhaltigen und fairen Wirtschaftsweise erforderlich.

Der Finanzsektor muss einfache Finanzdienstleistungen für alle bereitstellen, die zur Entwicklung von gerechten und nachhaltigen Gesellschaften beitragen. Finanzdienste sollen grundsätzlich die reale Wirtschaft unterstützen und am Gemeinwohl orientiert sein. Die Aktivitäten des internationalen Finanzkapitals müssen durch ein internationales Forum reguliert und beaufsichtigt werden. Ein wichtiger Schritt ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

4 Rüstungsexporte stoppen - Waffenhandel verhindern

Auch deutsche Rüstungsexporte tragen zur Militarisierung von Konflikten bei. Militärisch ausgetragene Territorial-, Verteilungs- und Machtkonflikte zerstören wirtschaftliche, staatliche und soziale Strukturen. Kriege verschlingen ungeheure Mittel, kosten unzähligen Menschen das Leben und führen zu Verarmung und neuen Konflikten. Die Anschaffung von Waffen entzieht den Haushalten Unsummen, die für notwendige Aufgaben fehlen.

Das bedeutet: Keine weiteren Rüstungsexporte genehmigen, keine Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern bewilligen, ausgemusterte Waffen der Bundeswehr nicht verkaufen, sondern verschrotten. In den Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes soll ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten aufgenommen werden.

Darüber hinaus sollte Deutschland in der EU und in den internationalen Organisationen Initiativen ergreifen und unterstützen, die auf Eindämmung und Verhinderung des internationalen legalen wie illegalen Handels mit Waffen und Rüstungsgütern zielen.

5 Zivile und gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten unterstützen und entwickeln

Notwendig ist die Entwicklung und gesellschaftliche Verankerung einer Kultur des Friedens. Dazu bedarf es vor allem der Einübung von individuellem Gewaltverzicht, von Dialog- und Kommunikationsverhalten sowie gewaltfreier Methoden des Zivilen Ungehorsams.

Trägerkreis der Friedenskonferenz:

- Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern
- pax christi im Erzbistum München und Freising
- Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.
- Kreisjugendring München Stadt
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.



Organisation und Koordination:

Der Trägerkreis in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern (Geschäftsführer: Thomas Rödl). Koordinationsbüro des Trägerkreises, c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, Tel 089 - 89 62 34 46; Fax 089 - 834 15 18; E-Mail: muenchen@dfg-vk.de



Wir bitten um Spenden zur Finanzierung der Friedenskonferenz!

Ihr Beitrag wird es uns ermöglichen, auch im nächsten Jahr eine internationale Friedenskonferenz durchzuführen.

HMV-Bildungswerk, bei der GLS-Bank, IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00 ; BIC: GENODEM1GLS
Stichwort „Friedenskonferenz“ (Spenden steuerlich absetzbar) Bitte teilen Sie uns Ihre Adresse mit, wenn Sie eine Spendenquittung benötigen.

Die Veranstaltung wird gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München



Landeshauptstadt München Kulturreferat

Wir danken den UnterstützerInnen:

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK; DGB Region München; Katholischer Fonds; GEW Bayern und Stadtverband München; Augsburger Friedensinitiative; FI Bad Tölz; Münchner Friedensbündnis; VVN-BdA LV Bayern

KURT-EISNER-VEREIN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BAYERN

Impressum: Konzept, Text und V.i.s.d.P.: Th. Rödl c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München. Druck: Das Freie Buch, München. Gestaltung: Nobby und OnkelTom

Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen und innerstaatlichen Bereich sind vorhanden, viele Erfahrungen wurden gesammelt. Es ist notwendig, neue und zivile Wege zum Schutz von Zivilbevölkerung und ihrer Menschenrechte zu erproben.

Dazu gehört auch das zivile Peace-Keeping, das in unterschiedlichen Kontexten erfolgreich umgesetzt wurde. Gruppen von ausgebildeten gewaltfreien Fachkräften können in Konflikten unbewaffnet und unabhängig von Regierungsinteressen auftreten, beobachten, vermitteln und Konflikte entschärfen. Sie können sowohl zur Frühwarnung vor Krisen als auch zur Überwachung von Vereinbarungen beitragen.

Internationale Organisationen wie die *Nonviolent Peace Force* oder *Peace Brigades International* brauchen mehr Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, so dass sie unabhängig von staatlichen und ökonomischen Interessen agieren können.

6 Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen

Derzeit kann auch ein umfassendes und politisch umgesetztes Konzept der Schutzverantwortung nicht ausschließen, dass es zu Konflikten kommt, in welchen Völkermord oder gravierende Verbrechen drohen oder stattfinden und in welchen politische und zivile Mittel versagt haben, staatliche Strukturen nicht vorhanden sind und Verbrecherbanden oder Regierungen Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen.

Ein Konzept für neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Sicherheitskräfte unter Kommando der UNO sollte ausgearbeitet werden. Diese Sicherheitskräfte sollen in Fällen von bevorstehendem Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - ausschließlich - zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden.

Die „Sicherheitskräfte“ können mit einem konkreten Auftrag in konkreten Krisen- oder Gefährdungslagen eingreifen. Sie haben keine weiteren Polizeiaufgaben zu übernehmen. Sie sind defensiv ausgerichtet, leicht bewaffnet und am Schutz gefährdeter Menschen orientiert und sollen entsprechend den Polizeiaufgaben Verbrechen verhindern. Für ihr Handeln gelten allgemeine zivile Rechtsnormen, keine Kriegs- oder Sonderrechte.

Wir freuen uns über Rückmeldungen, Kritik und Kommentare!
office@friedenskonferenz.info

Ehren-Kurat der Internationalen Münchner Friedenskonferenz:

Prof. Joachim Bauer, Neurobiologe
Prof. Hans-Peter Dürr †, Träger des Alternativen Nobelpreises
Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak
Dr. Franz Alt, Autor und Publizist
Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D. und Verfassungsrichter
Konstantin Wecker, Autor, Liedermacher, Komponist
Prof. Hanne-Margret Birckenbach, Professorin für Friedens- und Konfliktforschung

Hinweis auf andere Veranstaltungen

Donnerstag, 16. 2., 19:00 Uhr, **Podiumsgespräch:**

„Neue deutsche Verantwortung“?

Dr. Corinna Hauswedell

(Friedens- und Konfliktforschung, FEST Heidelberg)

Prof. em. Dr. Hanns Maull

(Außenpolitik und internationale Beziehungen, Uni Trier)

PD Dr. Ulrich Roos

(Friedens- und Konfliktforschung, Uni Augsburg)

Charlotte Rungius M.A.

(Friedens- und Konfliktforschung, Uni Augsburg)

Moderation: **Dr. Thomas Mohr**, Psychoanalytiker

Auf der Sicherheitskonferenz 2014 wurde von Bundespräsident Gauck eine „Neue deutsche Verantwortung“ propagiert. Diese soll insbesondere zu einem selbstverständlicheren Einsatz militärischer Mittel führen. Mit dieser Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik wollen wir uns kritisch und kontrovers auseinandersetzen.

Ort: MOVIMENTO MÜNCHEN, Neuhauser Straße 15

Fußgängerzone gegenüber Michaelskirche, zwischen Ludwigs-Apotheke und Tally Weill/Sport Scheck; z. Zt. Baustelle, Durchgang frei

Veranstalter: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung

Sonntag, 19.2. 15:00 Uhr, **Künstlerhaus, Lenbachplatz 8**

Was bedeutet die neue US-Präsidentschaft für die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik?

Veranstalterinnen:

Petra-Kelly-Stiftung, Heinrich-Böll Stiftung

Podium: Omid Nouripour, MdB; Jackson Janes, Johns Hopkins University, Washington; Sylke Tempel, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik; Daniela Dahn, spricht für die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.; Moderation: Jutta Prediger, Redakteurin, Bayerischer Rundfunk

Die deutsch-französische Militarisierungsoffensive und die neue EU-Globalstrategie.

Mittwoch, 1. Februar 2017, 19:30 Uhr, Eine-Welt-Haus
Referent: Jürgen Wagner (IMI)

Kundgebung und Demonstration:

18. Februar 2017, 13:00 Uhr:
Auftrittkundgebung Stachus/Karlsplatz
Frieden statt NATO – Nein zum Krieg!

15. Internationale Münchner Friedenskonferenz

17.- 19. Febr. 2017

Internationales Forum: 17.2.
Gesprächsforum: 18.2.
Friedensethik -
Friedenspolitik: 18.2.
Friedensgebet: 19.2.



Frieden und Gerechtigkeit gestalten - NEIN zum Krieg

www.friedenskonferenz.info